

Bürgermeister von Seeg vorläufig des Amtes enthoben

Auf die Gemeinde wirkt sich der Entschluss der Landesadvokatur Bayern jedoch kaum aus.



Seit der Festnahme des ersten Bürgermeisters von Seeg sind für die Gemeindeverwaltung viele Fragen offen. Foto: Benedikt Siegert

Von Marina Kraut

Seeg/München Der Seeger Bürgermeister Markus Berktold ist vorläufig seines Amtes enthoben worden. Das teilte die zuständige Landesadvokatur Bayern am Freitagnachmittag mit Verweis auf eine Verfügung vom 4. September mit. Grund für die Entscheidung zu diesem Zeitpunkt seien die in der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg geschilderten Straftaten. Die Behörde hatte im August unter anderem wegen Untreue-Vorwürfen Anklage gegen den Bürgermeister erhoben (wir berichteten). Die Landesadvokatur geht deshalb davon aus, dass eine endgültige Amtsenthebung möglich werden wird. Wie geht es nun in Seeg weiter?

Die Gemeinde und ihre Mitarbeiter können immer noch nicht aufatmen, sagt zweiter Bürgermeister Lorenz Schnatterer. Im Gegenteil. Es würde sich trotz dieser Entscheidung kaum etwas ändern. Denn weil es sich um eine vorläufige Amtsenthebung handelt, sei eine Neuwahl in der Gemeinde noch immer nicht möglich. Doch darauf hatte die Gemeinde gehofft, sagt Lorenz Schnatterer.

Nun bleibe „alles wie gehabt“. Die Gemeindeverwaltung müsse weiterhin warten und der Dinge harren. „Uns sind die Hände gebunden“, sagt der zweite Bürgermeister, der seit Mitte Januar die Geschäfte im Rathaus übernommen hat.

Noch vor wenigen Wochen vermutete die Landesanwaltschaft, dass dem Rathaus-Chef zudem bis zu 50 Prozent seiner Bezüge als Bürgermeister gestrichen werden könnten. Doch das habe sich nicht bestätigt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Bürgermeisters würden das nicht zulassen, teilt Oberlandesanwalt Michael Pahlke mit. Sollte es jedoch wirklich zu einer Verurteilung und damit einer Freiheitsstrafe kommen, könne das Gehalt des Bürgermeisters von der Behörde zurückgefordert werden. Zumindest für die Zeit, in der sich der Beschuldigte in Untersuchungshaft befand. Dem Rathaus-Chef der Ostallgäuer Gemeinde wird vorgeworfen, gewerbsmäßigen Betrug in Millionenhöhe begangen zu haben. Ermittelt wird zudem wegen Untreue und illegalen Waffenbesitzes. Neben Berktold sind ein weiterer Mann sowie dessen Ehefrau angeklagt. Im Zentrum des Falles stehen eine Pflegeeinrichtung und der Verein Caritas-Stiftung Seeg. Weiterhin gilt für alle drei Beschuldigten bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung die Unschuldsvermutung.

Obwohl die Entscheidung der Landesanwaltschaft sich nicht konkret auf die Gemeinde auswirkt, habe die Behörde nun zumindest ein Zeichen gesetzt, sagt Lorenz Schnatterer. Im Rathaus sei die Lage mittlerweile geordnet. „Wir haben den Überblick und halten die Dinge am Laufen.“

Der Anwalt des Beschuldigten war am Freitagnachmittag nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. (mit fut und sib)